

## Merz wirft ukrainischen Flüchtlingen „Sozialtourismus“ vor – Kritik von Melnyk und Faeser

Stand: 08:53 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Laut CDU-Chef Friedrich Merz mache sich eine große Zahl der ukrainischen Geflüchteten das deutsche Sozialsystem zunutze. Die Bundesregierung habe sich „taub gestellt“, als die CDU das Problem im Frühjahr ansprach. Der scheidende ukrainische Botschafter spricht von „billigem Populismus“.

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat im Zusammenhang mit Flüchtlingen aus der Ukraine von „Sozialtourismus“ gesprochen. „Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser Flüchtlinge – nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine“, sagte Merz in einem Interview mit „Bild TV“.

Eine größere Zahl derer, die aus der Ukraine geflüchtet seien, würden sich „dieses System (/regionales/hamburg/plus241080693/Stefan-Aust-zur-Lage-Ein-Sozialstaat-ohne-Aussengrenzen-wird-auf-Dauer-nicht-bestehen-koennen.html) zunutze machen“, so Merz weiter. „Da haben wir ein Problem, das wird größer. Wir haben im Frühjahr darauf hingewiesen, dass dieses Problem entstehen konnte.“ Die Bundesregierung habe sich „taub gestellt“, sagte Merz.

Die Grünen-Chefin Ricarda Lang reagierte via Twitter auf die Aussagen. „Wie passt es eigentlich mit der viel beschworenen Solidarität der Union mit der Ukraine zusammen, dass Friedrich #Merz im Kontext von Menschen, die vor diesem furchtbaren Angriffskrieg fliehen, von ‚Sozialtourismus‘ spricht?“, schrieb sie.

## Faeser: „Stimmungsmache auf dem Rücken ukrainischer Frauen und Kinder“

„Heiliger Bimbam“ nennt Andrij Melnyk, der bald abberufene ukrainische Botschafter in Deutschland, die Aussage von Merz. Die Ukrainer hätten das Recht, ihre Heimat jederzeit zu besuchen. Die Kritik von Merz sei „billiger Populismus“.

Auch für Bundesinnenministerin Nancy Faeser ist „Sozialtourismus“ ein „Unwort“, egal ob 2013 oder 2022. Merz würde „Stimmungsmache auf dem Rücken ukrainischer Frauen und Kinder, die vor Putins Bomben und Panzern geflohen sind“, betreiben.

Michael Roth, SPD-Abgeordneter im Bundestag und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, hält die Meinung des CDU-Chefs für „Gequatsche“, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstöre. „Wer so etwas sagt, hat null Verantwortungsbewusstsein + Empathie.“

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar sind rund eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) hat in dieser Zeit 5996 getötete und 8848 verletzte Zivilisten gezählt. Allein im September waren es mehr als 200 getötete und fast 700 verletzte Zivilisten. Die tatsächlichen Zahlen sind laut OHCHR wahrscheinlich höher.

dpa/saw

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241284223>